

10.10.2014

Neudruck

Kleine Anfrage 2777

des Abgeordneten Frank Herrmann PIRATEN

Schande mit System: Welche Zustände herrschten in allen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge des Landes NRW vor dem 26. September 2014?

Durch die Presse wurde am 26. September 2014 aufgedeckt, dass es in verschiedenen Landesaufnahmeeinrichtungen in NRW zu Misshandlungen gekommen ist. Berichte über Vernachlässigungen von Flüchtlingen, Überforderungen des Personals, Überbelegungen und das Fehlen von qualitativen Standards gab es allerdings schon länger. Im Innenausschuss des Landtags NRW wurde die Landesregierung in den letzten anderthalb Jahren durch die Piratenfraktion des Öfteren aufgefordert, über die aktuelle Situation in den Aufnahmeeinrichtungen und über die Umsetzung von qualitativen Änderungen zu berichten (siehe Anhang) – zuletzt am 18. September 2014, gerade einmal anderthalb Wochen vor Aufdeckung des Skandals. In der Vorlage 16/2194 des MIK finden sich keine Berichte über Misshandlungen oder Beschwerden über mangelnde Versorgung und Betreuung. Auch "Brandbriefe" von Bürgermeistern, Telefonate mit der Polizei in Burbach oder die Erwähnung von Gesprächen über das Erscheinungsbild von Sicherheitskräften fehlen gänzlich.

Vorwürfe einer groben Vernachlässigung der Aufsichtspflicht und Trägheit sowie mangelnder Vorbereitung stehen nun im Raum, die nicht leicht von der Hand zu weisen sein werden. Bisher hat noch niemand die politische Verantwortung übernommen.

Im Landtag NRW wurde bereits im August 2012 in einem Brief der evangelischen Kirche auf Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Kapazitäts- und Belegungszahlen in den Aufnahmeeinrichtungen hingewiesen. Im September 2012 musste die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund kurzweilig geschlossen werden, und die Menschen mussten in eine Turnhalle nach Köln verlegt werden. Der Innenausschuss wurde durch die Landesregierung mit der Vorlage 16/330 informiert, dort stand: "Insgesamt werden Land und Kommunen in NRW hier noch vor großen Herausforderungen stehen, denn ein weiterer Anstieg der Zahl von Menschen, die zu uns kommen, ist nicht auszuschließen."

Datum des Originals: 07.10.2014/Ausgegeben: 10.10.2014 (09.10.2014)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Im Januar 2013 veröffentlichte die Liga der Wohlfahrtsverbände ein Eckpunktepapier mit Positionen zur Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und zur Durchführung der Asylverfahren in NRW¹. Vorschläge aus dem Eckpunktepapier und weitere kurzfristige Empfehlungen des Flüchtlingsrates NRW für die Aufnahmeeinrichtungen erhielt der Landtag NRW in Form der Zuschrift 16/282.

Das MIK gründet eine Projektgruppe „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen“, die im Mai 2013 verschiedene Akteure zu einem Arbeitstermin einlud, um ein Konzept für die Unterbringung zu entwickeln, und ein Jahr später einen Projektbericht vorlegte, den verschiedene NGOs kommentiert und kritisiert haben. Diese Stellungnahmen wurden der Opposition bis heute nicht zur Verfügung gestellt.

Für die Innenausschusssitzung am 12. September 2013 fragte die Piratenfraktion in Form einer Beantragung für den Innenausschuss (s. Anhang) nach, "welche qualitativen Anforderungen an die Unterbringungen gestellt" werden und welche Empfehlungen aus der Zuschrift „Qualitative Anforderungen an die kurzfristige Neuausrichtung der Erstaufnahme in NRW“ (Zuschrift 16/282) und dem Eckpunktepapier "Positionen zur Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und zur Durchführung der Asylverfahren" der Liga der Wohlfahrtsverbände bei der zukünftigen Planung umgesetzt werden. In der Vorlage 16/1101 des MIK heißt es dazu: "Die in der Zuschrift 16/282 und dem genannten Eckpunktepapier der Liga der Wohlfahrtsverbände formulierten Forderungen werden allerdings unabhängig von diesem Projekt bereits jetzt weitgehend umgesetzt." In einem Brief an die innenpolitischen Sprecher wurde diese Aussage harsch zurückgewiesen und auf die Dringlichkeit des Aufbaus eines bedarfsgerechten und zukunftsfähigen Aufnahmesystems hingewiesen.

Auch im Januar 2014 und April 2014 wurde auf Initiative der Piratenfraktion über die Aufnahmesituation in den Einrichtungen diskutiert. Seit September 2013 berichtete die Landesregierung dem Innenausschuss in folgenden Vorlagen über die Situation rund um die Aufnahmeeinrichtungen: Nr. 16/1101, 16/1222, 16/1303, 16/1536, 16/1610, 16/1768 und zuletzt am 12. September 2014 Nr. 16/2194. Zudem gab es eine Anhörung des Innenausschusses zum Antrag der Piratenfraktion "Unser Land braucht eine Neukonzeption - hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW", in der Experten vor einer akuten Krise in den Einrichtungen warnten.

Angesichts der aktuellen Situation rund um die Aufnahmen und der immer neuen Informationen in der Presse, welche Vorgänge dem MIK über die Situation der Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen bereits bekannt waren, stellt sich die Frage nach dem Gesamtüberblick.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Mängel in sämtlichen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge des Landes NRW waren den verantwortlichen Stellen (Bezirksregierung Arnsberg, MIK u.a.) vor dem 26.09.2014 bekannt? (Bitte nach Mängeln, z. B. zu wenig Personal, unqualifiziertes Personal, Überbelegung, mangelhafte Verpflegung, fehlende ärztliche Versorgung usw. für jede einzelne Anlage und Stelle aufschlüsseln.)
2. Welche Beschwerden haben Mitarbeiter der Betreiber, Flüchtlinge, Kommunen u.a. seit September 2012 der Bezirksregierung oder dem MIK vorgebracht? (Bitte nach Einrichtung, Monat und Art der Beschwerde aufschlüsseln.)

¹ http://www.awo-nrw.de/mastercms/awofiles/2013_03_08_anlage_schreiben_eckpunkte_unterbringung_von_fluechtligen.pdf

3. Seit wann wussten verantwortliche Stellen (MIK, Polizei, Bezirksregierung, Kommunen u.a.) von Vernachlässigungen, Misshandlungen und Missständen in den Einrichtungen? (Bitte nach Stelle und Zeitpunkt aufschlüsseln.)
4. Wieso wurde der Innenausschuss im Bericht der Landesregierung vom 12.9.2014 (Vorlage 16/2194) nicht über die Missstände und eventuelle Gespräche dazu informiert?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit Bekanntwerden der Vorfälle in den Aufnahmeeinrichtungen insgesamt ergriffen?

Frank Herrmann



Frank Herrmann

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

nachrichtlich: Herr Norbert Krause,
Ausschussassistent

Düsseldorf, 30.08.2013

Beantragung eines weiteren Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Innenausschusses am 12.09.2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Piratenfraktion bitte ich Sie, die Tagesordnung für die nächste Sitzung um folgende Themen zu erweitern:

Repressive Polizeitaktiken und Verbote – Welche Strategie verfolgt der Innenminister in der Fußball-Saison 2013/14?

In den letzten Wochen kam es zu mehreren umstrittenen Polizeieinsätzen, Spielabsagen sowie Kontroll- und Vorfeldmaßnahmen im Zusammenhang mit Fußballspielen in NRW. War in der vergangenen Saison auch Fehlverhalten von Fans Auslöser von polizeilichen Aktionen, so ist dieses aktuell bisher kaum zu beobachten. Dennoch scheint die Polizei in NRW im Vergleich zur Saison 2012/13 eine repressivere Taktik zu verfolgen. Bei den in der Öffentlichkeit stark kritisierten polizeilichen Maßnahmen kam es zu vielen Verletzten, und durch häufige Anwendung von rechtlich umstrittenen Allgemeinverfügungen werden ganze Personengruppen unter Generalverdacht gestellt. Außerdem ist fraglich, ob die Verhältnismäßigkeit ausreichend berücksichtigt wurde. Als oberster Dienstherr der Polizei hatte Innenminister Ralf Jäger in der letzten Saison angekündigt, den Dialog mit Fans und Fangruppierungen zu forcieren. „Wir wollen mit ihnen und nicht über sie reden“, verkündete er z. B. auf dem Polizeitag 2013. In einem Interview erklärte der Minister zudem, dass auch das Handeln der Polizei immer wieder überprüft werden müsse.

Wir bitten daher um Überprüfung, Bewertung und ausführliche Berichterstattung zu nachfolgend aufgeführten polizeilichen Maßnahmen der noch jungen Saison 2013/14. Dabei soll insbesondere dargelegt werden, wie die Maßnahmen geeignet sind, den angestrebten Dialog mit Fans und Fangruppierungen zu fördern.

- Zu Beginn der Saison 2013/2014 wurden drei Auswärtsspiele des Wuppertaler SV abgesagt, weil die gastgebenden Vereine die von der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) verlangten hohen Sicherheitsauflagen nicht erfüllen konnten. Bis zu 300 gewaltbereite und gewaltsuchende Fans des Wuppertaler SV hätten nach Aussagen der ZIS zu den Spielen anreisen wollen. Laut Aussage des Vereins sind diese Zahlen nicht nachvollziehbar, da nach dem eigenen aktuellen Jahresbericht der ZIS die angenommene Anzahl bis zur Hälfte der Problemfans der gesamten Liga ausmachen würde, zudem verliefen die Heimspiele bisher friedlich.
- Vom ersten Heimspiel der laufenden Saison gegen Eintracht Braunschweig am 18.08.2013 berichten Fans von Borussia Dortmund, dass sie bei der Anreise von Polizisten in voller Schutzausrüstung eingekesselt und vor die Wahl gestellt wurden, sich durchsuchen zu lassen oder

nicht ins Stadion zu dürfen. Der Fanclub 'Borussenstern' schreibt dazu in einem Offenen Brief: „Die ganze Polizeipräsenz war offenbar auf Aggression ausgerichtet. Dazu kam, dass der Zugang zum Südost-Eingang des Stadions, der ohnehin recht eng ist, auch noch durch quergestellte Polizeifahrzeuge kurz vor dem Stadion-Eingang künstlich verengt wurde.“ An anderer Stelle wird berichtet, dass Fans ohne Begründung von der Polizei aufgehalten und ihre Personalien festgestellt wurden.

- Im Qualifikationsspiel zur Champions League zwischen Schalke04 und PAOK Saloniki am 21.08.2013 stürmte die Polizei 15 Minuten vor Spielende die Schalker Nordkurve unter Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock, um laut Aussage der Polizei Gelsenkirchen ein von Schalker Fans gehaltenes Banner zu entfernen und damit einen angekündigten Platzsturm aufgebrachter Fans von PAOK Saloniki zu vermeiden. Fanbeauftragte von Schalke04 berichten dagegen, dass im Gästeblock von PAOK Saloniki keine besorgniserregende Situation geherrscht habe und die Polizei dort weder eine Blocksperrre eingerichtet habe noch der Ordnungsdienst verstärkt worden sei.
- Bei der ersten Spielbegegnung seit acht Jahren zwischen Rot-Weiss Essen und Alemannia Aachen am 24.08.2013 wurden anreisende Fans aus Aachen aufgrund eines einzelnen am Bahnsteig gezündeten Böllers am Hauptbahnhof in Essen festgesetzt und eingehend kontrolliert. Nach Aussagen von Teilnehmern kam es aufgrund beengter Platzverhältnisse und nachrückender Fans zu Drängeleien, woraufhin die Polizei Pfefferspray einsetzte und mehrere Menschen verletzte, darunter eine schwangere Frau und Kinder. Laut Aussagen des Vertreters von Alemannia Aachen, Prof. Dr. Rolf-Dieter Mönning, kam es später am Stadion ebenfalls zu Rangeleien und dem Einsatz von Pfefferspray. Dazu kommentierte er: „Wir stellen uns auch schützend vor unsere Fans, die grundlos verdächtigt und polizeilichen Maßnahmen ausgesetzt werden.“

Derzeitige Situation in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen und die weitere Planung der Landesregierung

Am 14.8. veröffentlichte das BAMF die neuen Zahlen der Asylanträge in der Zeit von Januar bis Juli 2013. Festgestellt wurde eine Erhöhung der Erstanträge um 90 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Insgesamt haben dieses Jahr 52.754 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Die meisten Asylsuchenden kommen aus Tschetschenien, Syrien und Afghanistan. Da es weltweit zu immer mehr Krisen kommt, geht das BAMF in Prognosen davon aus, dass im diesen Jahr 100.000 Menschen Asyl in Deutschland suchen werden. Das bedeutet für NRW, dass ca. 20.000 Menschen adäquat versorgt und untergebracht werden müssen. In den letzten Jahren hat sich zudem gezeigt, dass im Winter die Zahlen noch einmal ansteigen. Schon im letzten Winter kam es in NRW zu massiven Problemen, die Menschen zu versorgen und unterzubringen. Die beiden Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) in Hemer und Dortmund waren zwischenzeitlich zu 50 Prozent überbelegt. Das Land richtete Notunterkünfte ein und betreibt Übergangseinrichtungen in Neuss, Nieheim und Unna-Massen. Eine geplante Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Wickede-Wimbern konnte bisher nicht eröffnet werden. Das Land befindet sich mit Unna-Massen im Rechtsstreit und auch in Wickede-Wimbern deutet alles auf einen Rechtsstreit hin.

Wir bitten daher um einen aktuellen Bericht zur derzeitigen Situation in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen. Des Weiteren würden wir gerne ausführlich über die weiteren Planungen der Landesregierung bezüglich der Schaffung neuer Kapazitäten informiert werden und bitten sie dabei, folgenden Fragen im Bericht zu beantworten:

Welche Kapazitäten stehen für die nächsten Monate zur Verfügung? Welche Maßnahmen plant die Regierung, um dauerhafte Lösungen zu schaffen? Welche qualitativen Anforderungen werden an die Unterbringungen gestellt? Welche Ergebnisse der Fachtagung „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen“ vom 7. Mai 2013 werden bei der Suche und den Anforderungen berücksichtigt und umgesetzt? Welche Empfehlungen aus der Zuschrift „Qualitative Anforderungen an die kurzfristige Neuausrichtung der Erstaufnahme in NRW“ (Zuschrift 16/282) und dem Eckpunktepapier "zur Positionen zur Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und zur Durchführung der Asylverfahren" der Liga der Wohlfahrtsverbände werden bei der zukünftigen Planung umgesetzt?

Mögliche Überwachung der Parlamentskommunikation im Landtag NRW

In der letzten Sitzung des Innenausschuss am 4.07.2013 wurde zum Top 6. „Achtung! Yes we scan“ eine Nachfrage an die Landesregierung, ob es dort Kenntnisse zum Programm Prism gebe, von Herrn Minister Jäger verneint. Noch am 10.08.2013 hatte Herr Minister Jäger laut dpa erklärt: „Wir wissen noch immer nicht, was der US-Geheimdienst NSA in Deutschland gemacht hat und ob es mit Billigung des Bundes geschah“ und hat dabei selbst Aufklärung durch den Bundesinnenminister gefordert.

Inzwischen hat die Bundesregierung mit Datum vom 13.08.2013 eine Kleine Anfrage der Fraktion der SPD im Bundestag beantwortet (BT-DRS. 17/14560). Dabei werden jedoch die Antworten über die Kenntnisse der Bundesregierung zu Prism und ähnlichen Programmen als GEHEIM eingestuft. Auch die Antwort auf die Frage, ob und inwieweit deutsche Regierungs- und Parlamentskommunikation überwacht wurden, ist mit der Einstufung GEHEIM versehen. Da von der Überwachung der Parlamentskommunikation auch das nordrhein-westfälische Landesparlament betroffen sein kann, erbitten wir von der Landesregierung Auskunft darüber, ob dies anhand der Antworten der Bundesregierung ausgeschlossen werden kann. Ebenso erbitten wir Auskunft über die neuen Erkenntnisse der Landesregierung zum Themenkomplex Prism/NSA, insbesondere, ob nach Kenntnis der Landesregierung laufende Überwachungsprogramme gestoppt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL



Frank Herrmann

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

nachrichtlich: Herr Norbert Krause,
Ausschussassistent

Düsseldorf, 30.09.2013

Neuer Tagesordnungspunkt bzw. Nachfrage zum Tagesordnungspunkt „Aktuelle Situation in den Aufnahmeeinrichtungen“ der Sitzung des Innenausschusses vom 12.09.2013

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die 21. Sitzung des Innenausschusses am 12. September beantragte die Piratenfraktion einen ausführlichen Bericht zur derzeitigen Situation in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen und bat die Landesregierung um ausführliche Informationen über die weiteren Planungen bezüglich der Schaffung weiterer Kapazitäten für die Flüchtlingsaufnahme in den kommenden Monaten. Die Landesregierung wurde auch aufgefordert, spezifische Fragen zu qualitativen Anforderungen zu beantworten, die auch von Seiten des FR NRW und der Wohlfahrtsverbände an die Unterbringung im Land NRW gestellt werden. In der Vorlage 16/1101 der Landesregierung vom 6. September wurden weder die spezifischen Fragen beantwortet noch wurden konkrete Antworten zu den weiteren Planungen der Landesregierung gegeben.

Auch während der Diskussion im Innenausschuss am 12. September wurde der Ausschuss nicht über die Planungen zur Schaffung neuer Unterbringungskapazitäten informiert. Vier Tage später wurde in der Presse jedoch bekannt gegeben, dass in Burbach eine Notunterkunft zunächst für vier Monate eröffnet wird. Auch in Aachen und Bad Salzuflen sollen Notunterkünfte entstehen.

Daher erbitten wir für die aktuelle Sitzung am 10.10.2013 einen Nachtrag zur Vorlage 16/1101. Hier sollen nun die spezifischen Fragen der Beantragung der Piratenfraktion vom 30.08.2013 beantwortet werden und aktuelle Zahlen zu Kapazitäten und Belegung der einzelnen Unterkünfte aufgeführt werden.

Wir bitten die Landesregierung außerdem um eine Begründung, warum der Ausschuss am 12.09.2013 nicht über die neuen Notunterkünfte in Burbach etc. unterrichtet werden konnte. Des Weiteren bitten wir um eine Stellungnahme zu den Kritikpunkten des Briefes des Flüchtlingsrates NRW und des Fachteams Migration und Flucht, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, an die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen, den wir hier anfügen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL



Frank Herrmann
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

*nachrichtlich: Herr Norbert Krause,
Ausschussassistent*

Düsseldorf, 05.01.2014

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Innenausschusses am 16. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Sieveke,

namens der Fraktion der PIRATEN bitte ich für die Sitzung des Innenausschusses am 16. September 2014 um die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

„Wie geht es weiter in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge?“

Für die 21. und die 23. Innenausschusssitzung erstellte die Landesregierung auf Antrag der Piratenfraktion und der CDU-Fraktion Berichte (Vorlage 16/1101, 16/1222 und 16/1303) über die Situation in den Aufnahmeeinrichtungen und die weiteren Planungen der Landesregierung. Durch diese Berichte wurde offengelegt, dass die Situation in den Einrichtungen im Herbst 2013 immer noch sehr prekär war: Es fehlten Plätze, wodurch Menschen in Notunterkünften untergebracht werden mussten, die keine sozialen Standards erfüllen. Es scheint noch immer kein Konzept zu geben, wie die Landesregierung mit den steigenden Zugangszahlen umgehen wird.

Bereits am 7. Mai 2013 fand ein Fachgespräch "Unterbringung von Asylbewerbern in Aufnahmeeinrichtungen des Landes NRW" statt, ein Zwischenbericht wurde angekündigt, aber trotz Nachfragen in den Innenausschusssitzungen noch immer nicht vorgelegt. Die Landesregierung konnte in den Sitzungen auch keine konkreten Angaben zur personellen Ausstattung des MIK für die Bewältigung der Krisensituation benennen.

Wir bitten daher um einen aktuellen Bericht zur derzeitigen Situation in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen – auf Basis der oben angegebenen Vorlagen – und zu den weiteren Planungen bezüglich der Schaffung von Kapazitäten sowie der Qualität der neuen Einrichtungen. Gleichzeitig bitten wir um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen, die im Zusammenhang mit der Situation um die Aufnahmeeinrichtungen stehen:

1. In diesem Jahr laufen Verträge für den Betrieb und die Betreuung der Landesaufnahmeeinrichtungen aus. Welche Empfehlungen aus der Zuschrift „Qualitative Anforderungen an die kurzfristige Neuausrichtung der Erstaufnahme in NRW“ (Zuschrift 16/282) und aus dem Eckpunktepapier „Positionen zur Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und zur Durchführung der Asylverfahren“ (s. Anhang) der Liga der Wohlfahrtsverbände werden bei der Ausschreibung berücksichtigt? Findet die Ausschreibung öffentlich statt, und wenn nicht, welche Gründe sprechen gegen eine öffentliche Ausschreibung?

2. Es wurde von Seiten verschiedener Organisationen empfohlen, einen "Runden Tisch Flüchtlingsaufnahme" einzurichten, der sich intensiv und regelmäßig mit der Aufnahme von Flüchtlingen durch das Land beschäftigt, – ähnlich dem "Runden Tisch Syrien", der u.a. unter Beteiligung des MIK, des MAIS, der Bezirksregierung Arnsberg, des Städte- und Gemeindebundes, des Flüchtlingsrates und der Wohlfahrtsverbände zurzeit einmal im Monat tagt.
Kann sich die Landesregierung die Einrichtung eines „Runden Tisches Flüchtlingsaufnahme“ vorstellen? (Bitte mit Begründung)
Wie bewertet die Landesregierung den Nutzen der Einrichtung eines Runden Tisches?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL



Frank Herrmann
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

*nachrichtlich: Herr Norbert Krause,
Ausschussassistent*

Düsseldorf, 20.03.2014

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Innenausschusses am 3. April 2014

Sehr geehrter Herr Sieveke,

namens der Fraktion der PIRATEN bitte ich für die Sitzung des Innenausschusses am 03. April 2014 um die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

„Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen“.

Für die 21., 23. und 30. Innenausschusssitzung erstellte die Landesregierung auf Antrag der Piratenfraktion und der CDU-Fraktion Berichte (Vorlage 16/1101, 16/1222, 16/1303 und 16/1536) über die Situation in den Aufnahmeeinrichtungen und die weiteren Planungen der Landesregierung. Wir bitten um Aktualisierung der Belegungszahlen und eine Bestandsaufnahme der Planungen bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen und deren Ausstattung (qualitative Anforderungen siehe Zuzschrift 16/282) in Form eines ausführlichen schriftlichen Berichts. Des Weiteren würden wir uns über die Beantwortung folgender Fragen freuen: Wann startet die in der Vorlage 16/1536 angekündigte regelmäßig tagende Gesprächsrunde, und wann-wird der Innenausschuss den Zwischenbericht über das Fachgespräch „Unterbringung von Asylbewerbern in Aufnahmeeinrichtungen des Landes NRW" erhalten?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL



Frank Herrmann
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Mitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdL

Postfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de

Geschäftszeichen

*nachrichtlich: Herrn Norbert Krause,
Ausschussassistent*

Düsseldorf, 05.09.14

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Innenausschusses am 18. September 2014

Sehr geehrter Herr Sieveke,

im Namen der Fraktion der PIRATEN beantrage ich für die o.g. Sitzung folgenden Tagesordnungspunkt:

1. Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen

Laut Pressebericht des WDR vom 5. September 2014 schließt NRW seine Flüchtlingsaufnahme für die nächsten fünf Tage komplett. In mindestens drei der zurzeit betriebenen Landesaufnahmeeinrichtungen sind Flüchtlinge an Masern und Windpocken erkrankt. Das verschärft die seit zwei Jahren mehr als angespannte Situation in den Landeseinrichtungen weiter. Der Aufnahmestopp wird sich auch auf die Aufnahme von Flüchtlingen in den anderen Bundesländern auswirken. Dabei müssen zurzeit auch andere Bundesländern ihre Erstaufnahmeeinrichtungen schließen, weil nicht genügend Plätze für die steigenden Flüchtlingszahlen vorgehalten wurden. Außerdem muss NRW mit einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen im Herbst und im Winter rechnen und sich darauf vorbereiten; im letzten Winter gab es zeitweise 1.000 Plätze zu wenig: Die Landesregierung erwartete laut Vorlagen 16/1101 und 16/1222 rund 3.700 Zugänge, hatte allerdings nur 2775 Plätze zur Verfügung. Die letzten offiziellen Belegungszahlen stammen aus dem April, aktuellere Zahlen wurden dem Innenausschuss noch nicht vorgelegt. Da das Landesaufnahmesystem bereits im Herbst 2012 zusammengebrochen ist und sich seither nicht wirklich erholt hat, erstellte die Landesregierung einen Projektbericht „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Einrichtungen“. Bis zum 17. Juli 2014 hatten nun verschiedene Nichtregierungsorganisationen Zeit, den Projektbericht zu kommentieren.

Wir bitten um Aktualisierung der Kapazitäts- und Belegungszahlen der Landesaufnahmeeinrichtungen und um eine Bestandsaufnahme der Planungen bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen und deren Ausstattung (qualitative Anforderungen siehe Zuschrift 16/282) in Form eines ausführlichen schriftlichen Berichts – angelehnt an die Vorlagen 6/1101, 16/1222, 16/1303, 16/1536, 16/1610 und 16/1768 – sowie um die ausführliche und schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

In der Vorlage 16/1768 berichtet die Landesregierung von einem Runden Tisch in Flüchtlingsfragen. Seit wann, wie oft und mit welchen Teilnehmern tagt dieser Tisch? Welche Themen werden und wurden besprochen? Welche Ergebnisse wurden bisher erzielt? Sind bereits Stellungnahmen von den zur Kommentierung gebetenen Nichtregierungsorganisationen eingegangen, und wenn ja, wie viele? Wann wird der Innenausschuss diese erhalten? Inwieweit fließen die Stellungnahmen in die zukünftigen Planungen rund um die Flüchtlingsaufnahme ein?

Welche Absprachen wurden mit dem BAMF über den Aufnahmestopp getroffen? Wie wird sich der aktuelle Aufnahmestopp in NRW auf die Aufnahmesituation in den anderen Bundesländern auswirken? Welche Kapazitäten stehen in den Aufnahmeeinrichtungen in den anderen Bundesländern zur Verfügung?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL